

Moskau

# Schmerzliche Reformen



**Dr. Gregor Berghorn leitet die Außenstelle Moskau seit September 2009. Die Außenstelle besteht seit 1992 und hat zurzeit zwölf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.**

Auch 2013 haben sich die Diskussionen zwischen reformorientierten, zumeist jüngeren Vertretern und den Repräsentanten des „Establishments“ in Staat und Regierung um die Grundausrichtung der Politik der Russischen Föderation fortgesetzt. Im Kern geht es darum, entweder den Status quo, die „vertikale Demokratie“ und die politische, administrative und ökonomische Struktur aus Gründen der Stabilität des Staates zu bewahren oder weiterführende Reformen in Wirtschaft, Gesellschaft und im politischen Gefüge voranzutreiben, damit ungenutzte Ressourcen und Potenziale für die dringend notwendigen Änderungen der Wirtschaft eingebracht werden können. Vertreter des Status quo sind Präsident Vladimir Putin und die vom Status quo profitierenden Gruppen. Dazu zählen Streitkräfte, staatliche Dienste und Behörden, staatsnahe Großunternehmen, aber auch Rentner und Beamte. Ein Repräsentant der Reformbewegung ist Aleksej Navalny. Der Anwalt und Bürgerrechtler setzt sich für die Belange der Intellektuellen, Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Jungunternehmer und vor allem für den sich allmählich herausbildenden Mittelstand ein.

Diese gesellschaftliche und politische Kontroverse manifestierte sich 2013 in den großen Protesten der Moskauer Bürger, in den Moskauer Kommunalwahlen, in der Wiederbelebung der von Präsident Putin 2012 initiierten Volksfront, im Umgang mit den Arbeitsmigranten aus Zentralasien und anderen GUS-Staaten, in der Auflösung der renommierten

Nachrichtenagentur RIA Novosti und der Abschaffung des Obersten Arbitragegerichts, aber auch – zum Jahresende – in der Wiederkehr des Bombenterrors im Vorfeld der Winterolympiade 2014.

Im Umfeld der Proteste im Mai, vor allem aber vor den Kommunalwahlen im September in Moskau, machte Aleksej Navalny auf sich und seine zunehmende Bedeutung als Führer der Opposition aufmerksam. In Reaktion auf seine Tätigkeit als Reformler wurde ihm mit fadenscheinigen Gründen ein Prozess wegen „Gründung einer kriminellen Vereinigung“ gemacht. Navalny wurde verurteilt, aber nur Stunden später von der Staatsanwaltschaft bis zum Berufungsverfahren wieder freigelassen. Als Nichtverurteilter konnte er wie geplant erstmals an den Kommunalwahlen als Kandidat für das Moskauer Oberbürgermeisteramt teilnehmen, aber das Establishment hoffte, dass er sich als politisch belanglos erweisen würde. Das Gegenteil trat ein: Navalny vereinte aus dem Stand über 27 Prozent der Stimmen auf sich, der frühere Oberbürgermeister Sergei Sobjanin erreichte dagegen „nur“ 51 Prozent der Stimmen. Das Kirover Gericht verurteilte Navalny schließlich, setzte aber die Strafe zur Bewährung aus. So wurde kein Märtyrer geschaffen, als Verurteilter kann sich Navalny aber nicht mehr politisch betätigen.

Der Umgang mit russischen wie ausländischen NGOs und die Umsetzung des Gesetzes von 2012 waren die beiden beherrschenden



Themen der russischen Innenpolitik. Russische NGOs, die ausländische Unterstützung erhalten, müssen sich als „Agenten“ identifizieren. So wurden die Einkommensverhältnisse namhafter NGOs überprüft, darunter die Helsinki-Gruppe, Amnesty International, Memorial, die „Soldatenmütter“, Golos (für Wählerrechte), aber auch das international anerkannte Levada-Zentrum für Meinungsforschung.

Im März und April gerieten schließlich auch die deutschen politischen Stiftungen ins Visier der Staatsanwaltschaft. Ihre Büros wurden durchsucht, Unterlagen und Festplatten beschlagnahmt. Erst nachdem die Bundeskanzlerin heftige Kritik geäußert hatte, normalisierte sich die Lage der Stiftungen wieder. Das massive Vorgehen gegen in- und ausländische NGOs hat die Frage aufgeworfen, wie die Regierung den Begriff der „politischen Tätigkeit“ definiert. Die diffus und undifferenziert gewordene Definition verengt die Basis für einen Dialog zwischen Staat und Bürger immer weiter.

Die Ermordung eines jungen Russen durch einen Kaukasier aserbaidchanischer Herkunft im Oktober in Moskau blieb nicht ohne Folgen: Es kam zu rassistischen Ausschreitungen gegen vermeintlich aus Zentralasien und dem Kaukasus stammende Gastarbeiter. In zahlreichen Branchen sind Gastarbeiter unersetzlich, der Olympiastandort Sotschi hätte ohne sie nicht ausgebaut werden können.

*Akademie der Wissenschaften  
auf dem Prüfstand*

*„Effizienzprüfung“ der  
Hochschulen*

*Hochschulbereich wird  
zum Zweiklassensystem*

*Sinkende Schulabgängerzahlen*

*Neues Bildungsgesetz  
in Kraft*



**In seiner Regierungserklärung zum 20. Jahrestag der Russischen Verfassung sprach Präsident Putin eine Fülle aktueller Probleme Russlands an. Neu war sein Vorschlag, die kommunale Selbstverwaltung zu stärken sowie künftig NGOs in die Vorbereitung von Gesetzentwürfen einzubinden.**

Die Duma erwägt eine Verschärfung der Einwanderungsvorschriften. Die Wirtschaft lehnt eine Quotenregelung für Einwanderung mit dem Argument ab, dass diese von korrupten Beamten unterlaufen würde. Nach Auffassung der Stiftung „Obshchestvennoe mnenie“ (Gesellschaftliche Meinung) verknüpft sich die Migrationsfrage mit der seit sowjetischer Zeit geschürten Einkreisungs-Phobie. Eine Studie der „Obshchestvennaja Palata“ (Gesellschaftskammer) sieht darin die Ursache für den steigenden Nationalismus und spricht von einer nationalen Krise. Das Land sei bereits gespalten, es gebe eine Russische Föderation und den Nordkaukasus, der nach eigenen Gesetzen lebe. Nur eine Einbindung des Islam in die Politik kann laut Mikhail Remizov, dem Leiter des Instituts für Nationale Strategie, für dieses Problem eine Lösung bieten.

Die Zuwanderungsfrage korrespondiert mit der Problematik der Bevölkerungszusammensetzung und der deutlichen Ost-West-Bewegung der russischen Ethnie. Während der Bevölkerungsanteil der Kaukasier und der sibirischen Völkerschaften zwischen 10,5 Prozent (Burjaten) und über 106 Prozent (Inguschen) angestiegen ist, ist die russische Ethnie von

1989 bis 2012 um etwa 7,4 Prozent zurückgegangen. Begleitet wird diese Entwicklung von einer Abwanderung aus dem Fernen Osten und Ostsibirien nach Zentralrussland: In den vergangenen 20 Jahren betraf das rund 1,5 Millionen Menschen. Auch aus den Kaukasusrepubliken wandern immer mehr Russen gen Norden. Ende 2013 wurde ein eigenes Ministerium für den Fernen Osten geschaffen, um diese Region und ihre Rohstoffe auch künftig „russisch“ zu halten.

Zum Jahresende verdichteten sich die Ereignisse: In Fortsetzung der Stabilitätspolitik verkündete Putin per Ukaz eine umfassende Reform der staatlichen Medien und löste die staatliche Nachrichtenagentur RIA Novosti und den staatlichen Radiosender „Golos Rossii“ (Stimme Russlands) auf. An deren Stelle tritt künftig die Internationale Nachrichtenagentur „Rossiya Segodnja“ (Russland heute).

Am 11. Dezember 2013 stimmte die Duma in erster Lesung dem Gesetzentwurf zu, das Oberste Arbitragegericht der Russischen Föderation abzuschaffen. Dieses international wie national wegen seiner Unbestechlichkeit und Kompetenz geschätzte Gericht hatte durch

seine Rechtsprechung konstruktive Normen für Handel und Wirtschaft gesetzt.

In seiner Regierungserklärung zum 20. Jahrestag der Russischen Verfassung am 12. Dezember sprach Präsident Putin eine Fülle aktueller Probleme Russlands an. Neu war sein Vorschlag, die kommunale Selbstverwaltung nach dem Vorbild des „Semstwo“ (nach 1863) zu stärken sowie künftig NGOs in die Vorbereitung von Gesetzentwürfen einzubinden.

Russlands Einstellung zu Menschenrechten und Minderheiten hat auch in Deutschland Kritik hervorgerufen. Der Umgang mit den politischen Stiftungen belastete die Beziehungen kurzfristig. Dies war auf dem Internationalen Wirtschaftsforum in St. Petersburg im Juni deutlich zu spüren.

Im Fall des aus den USA nach Russland geflüchteten NSA-Mitarbeiters Edward Snowden hat sich Putin der von den USA angedachten Auslieferung widersetzt. Damit hat er nicht nur im eigenen Land an Anerkennung gewonnen. Im Streit um die Frage eines internationalen

### WEISSRUSSISCHE STREIFLICHTER

Den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels erhielt im Jahr 2013 die weißrussische Autorin Svetlana Alexijewitsch. Sie ist Teilnehmerin des Berliner Künstlerprogramms. Allerdings hat diese Auszeichnung in Belarus selbst keine offizielle Würdigung erhalten.

Für Studierende, Promovenden und Lehrkräfte hat Belarus im Jahr 2013 ein selbst finanziertes Auslandsprogramm aufgelegt. Es sieht für Lehrkräfte und Promovenden Kurzaufenthalte, bevorzugt an Partneruniversitäten, vor.

militärischen Eingreifens in Syrien konnte Putin die Initiative ergreifen und den syrischen Präsidenten Assad dazu bewegen, seine Chemiewaffen einer UN-Aufsicht zu unterstellen.

Zum Jahresende wurden jene Gefangenen freigelassen, die zum Symbol für den Widerstand geworden sind: Der frühere Oligarch und Kremlkritiker Mikhail Chodorkowski, zwei Frauen der Pussy-Riot-Gruppe und die bei Murmansk verhafteten Greenpeace-Aktivisten.

### Wirtschaftswachstum verlangsamt sich

Nach wie vor stellen die Einnahmen aus dem Verkauf von Rohstoffen, vor allem Öl und Gas, mit 80 Prozent die Haupteinnahmequelle des russischen Staatshaushaltes dar. Russland begrüßte daher den Abschluss langfristiger Öllieferungsverträge mit China. Für 25 Jahre wird das mehrheitlich staatliche Mineralölunternehmen Rosneft China mit 365 Mio. Tonnen Öl im Wert von 265 Mrd. US-Dollar beliefern. Nach Übernahme des russisch-britischen Unternehmens TNK-BP im März 2013 ist Rosneft unter Leitung des Putin-Vertrauten Igor Setschin zum führenden Erdölförderer aufgestiegen.

Unter Setschin ist es Rosneft gelungen, seinen Marktanteil im Gasgeschäft auszuweiten. Bisher war Gazprom der Monopolist im Land. Das staatlich kontrollierte Unternehmen verzeichnet allerdings seit 2012 deutliche Gewinnrückgänge. Der europäische Markt bleibt zwar wichtigstes Ziel des russischen Erdgasexports (North Stream), aber Gazprom hatte in seinen Langzeitverträgen auf einem starren, am Ölpreis orientierten Gaspreis bestanden und dadurch seine Partner gedrängt, auf Alternativen auszuweichen, die Gazprom unterschätzt hat. Dazu zählen die Schiefergasgewinnung und die Gasverflüssigung (LNG), die einen Gastransport per Schiff ermöglicht und damit

Russlands Einstellung zu Menschenrechten hat in Deutschland Kritik hervorgerufen. Der Umgang mit den politischen Stiftungen belastete die Beziehungen kurzfristig.

unabhängig von Rohrleitungen ist. Da Gazprom nur auf Sachalin über eine Anlage zur Gasverflüssigung verfügt, kann es auf diesem Markt wenig bestimmen und mit nur 5 Prozent zu wenig LNG verkaufen.

In Reaktion auf die wenig flexible Gazprom-Strategie hat die Regierung im November eine Lockerung des Erdgas-Exportmonopols beschlossen. Ab 2014 soll der zweitgrößte Erdgasproduzent Novatek, der bisher nur auf dem Binnenmarkt auftrat, am Flüssiggasexport beteiligt werden. Auf der Halbinsel Jamal soll ab 2017 eine LNG-Anlage für Novatek in Betrieb genommen werden. Auch Rosneft drängt auf den LNG-Markt und will sich ab 2019 am LNG-Export beteiligen.

Da der Erdölpreis nicht mehr gestiegen ist, hat sich seit Anfang 2013 das Wirtschaftswachstum verlangsamt. Bis 2030 wird nur noch ein durchschnittliches Jahreswachstum von 2,5 Prozent prognostiziert. Auch 2013 hat sich wenig am Kern der wirtschaftlichen Struktur verändert: Es fehlt an einer profitablen, differenzierten Industrieproduktion, an Privatinvestitionen und an Anreizen für ausländische Investoren, in Russland zu produzieren. Der Beitritt Russlands zur Welthandelsorganisation (WTO) hat die Produktionspolitik des Landes nicht verändert. Statt auf innovationsfördernden Wettbewerb setzt Russland tendenziell mehr auf Kontrolle.

### Durchgreifende Reformen an Hochschulen

Verfolgt man die russische Hochschulpolitik der vergangenen drei Jahre, vor allem aber die Ereignisse 2013, wird rasch deutlich: Die Perestroika hat mit großer Verspätung einen letzten, noch lange Zeit „sowjetisch“ gebliebenen Gesellschaftsbereich erreicht. Radikale Umstrukturierungen hat es im Finanz- und Wirtschaftssystem, bei den Eigentumsverhältnissen, im

Rechtssystem, sogar bei der Neudefinition der Stellung der Kirche gegeben. Im Bildungsbereich wurden zwar beispielsweise der Bologna-Prozess und ein zweistufiges Ausbildungssystem eingeführt, die wichtigsten Bestandteile aber wie Modularisierung der Ausbildung, Programmkompatibilität, studentische Mobilität und Anerkennung ausländischer Studienleistungen sind bis heute nur schwach oder unvollkommen entwickelt. Durchgreifende Reformen sind erst seit Herbst 2012 ergriffen worden. Diese Änderungen sowie die Reform der Akademie der Wissenschaften geben deutlich die künftigen Vorstellungen des Staates im Bildungs- und Wissenschaftsbereich zu erkennen.

Der Hochschulzugang wird seit 2008/09 offiziell durch die Einheitliche Staatsprüfung (EGE) geregelt. Sie ist zwar umstritten, hat aber den Wettbewerb unter den Hochschulen geschärft. Mit Blick auf die sinkenden Zahlen von Schulabgängern – 2013/14 werden es nur noch 750.000 sein – wurden die staatlichen Studienplätze, die „Budgetplätze“, für 2013/14 auf 491.000 begrenzt. Zum Leidwesen der Regierung studieren gute Abiturienten bevorzugt nicht die „prioritären“ Fächer wie Natur- und Ingenieurwissenschaften, sondern Medizin, Wirtschaft und Jura. Ingenieurdisziplinen und pädagogische Fächer liegen im Mittelfeld, Agrarwissenschaften bilden den Schluss. Die Regierung steuert mit Budgetplätzen gegen, so erhalten Geistes-, Kultur-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften geringere Quoten an Budgetplätzen.

Ende 2012 hatte das russische Bildungsministerium seine Hochschulen einer „Effizienzprüfung“ unterzogen. Nach folgenden Kriterien wurde beurteilt: Durchschnittsnote im EGE bei Studienanfängern, Wirtschaftlichkeit, Internationalität (Zahl der ausländischen Absolventen), Drittmittelakquise und Infrastruktur. 136 Hochschulen – das entspricht 25 Prozent – wurden

Zum Leidwesen der Regierung studieren gute Abiturienten bevorzugt nicht die „prioritären“ Fächer wie Natur- und Ingenieurwissenschaften, sondern Medizin, Wirtschaft und Jura.

## Die Aktivitäten des Deutschen Wissenschafts- und Innovationshauses (DWIH)

- Zwei Informationsreisen an die Föderalen Universitäten Stavropol (Nordkaukasus) und Krasnojarsk (Sibirien) zur Präsentation der Wissenschaftsorganisationen, zu Gesprächen mit den Hochschulleitungen und mit dem Präsidium der Sibirischen Abteilung der AdW
- Sieben Gastvorlesungen renommierter deutscher Wissenschaftler und Vertreter der deutschen Wirtschaft sowie mehrere Workshops und Symposien in Moskau, St. Petersburg, Kazan, Nizhnij Novgorod und Vladivostok
- Teilnahme an Fachkonferenzen in Moskau, einschließlich des „Future Dialogue“ der Max-Planck-Gesellschaft in Skolkovo, Pushchino, Nizhnij Novgorod, St. Petersburg, Uljanovsk und Jekaterinburg



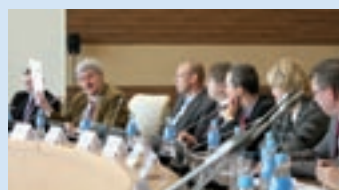
- Die Dritte „Deutsch-Russische Woche des jungen Wissenschaftlers“ in Novosibirsk zum Thema Luft- und Raumfahrt: 13 deutsche und fast 40 russische Nachwuchswissenschaftler unter Beteiligung führender deutscher Wissenschaftler aus Stuttgart, München, Aachen, Dortmund und Novosibirsk berichteten über ihre Arbeiten
- Veröffentlichung mehrerer Beiträge über das Moskauer DWIH in der Zeitschrift Poisk
- Gespräch von Vertretern der Hochschulrektorenkonferenz mit Rektoren führender Universitäten in St. Petersburg
- „Woche der Wirtschaft und Wissenschaft“ an der Föderalen Universität Vladivostok



**Thema Luft- und Raumfahrt begeistert: Dritte Deutsch-Russische Woche des jungen Wissenschaftlers in Novosibirsk (oben und links).**



**Motor für die Wissenschaft: Informationstag des DWIH Moskau in Vladivostok (Mitte) und DWIH Science Lecture in Moskau (unten).**



als ineffizient eingestuft. Auf den Proteststurm der Hochschulrektoren hin, die die Untauglichkeit der Kriterien für viele Hochschulen nachweisen konnten, wurden zwar nur noch 100 Hochschulen als ineffizient, davon aber immerhin 30 als nicht reformierbar eingestuft. Eine öffentlich zugängliche Liste gibt es bislang nicht.

Der stellvertretende Bildungsminister Alexander Klimov wurde mit dem erneuten Monitoring beauftragt, das im April 2013 mit einer umfangreichen Datensammlung aller Hochschulen begann. 1.054 staatliche und nichtstaatliche Hochschulen wurden nach einheitlichen Kennziffern abgefragt. Diesmal berücksichtigte der Kriterienkatalog die Kritikpunkte der Rektoren

und wurde um ein sechstes Kriterium erweitert: Verbleib der Absolventen auf dem Arbeitsmarkt. Schon lange ist es der Regierung ein Dorn im Auge, dass von den Juristen, Finanzmanagern und Wirtschaftswissenschaftlern nur ein Drittel eine berufliche Anstellung findet. Ein weiteres Kriterium ist die Internationalität: Leider wird hier nicht die absolute Zahl ausländischer Studierender erfasst, sondern nur die, die einen Abschluss anstreben.

Am 1. September 2013 trat das neue Bildungsgesetz in Kraft. Es schreibt die neuen Studiengänge Bachelor und Master fest, behält aber für viele Fächer das bisherige Diplom bei. Darüber hinaus regelt das Gesetz die Rolle der Aspirantur (Promotion) für Fachkräfte, >

**20 Jahre DAAD in Moskau:**  
**Außenstellenleiter Dr. Gregor Berghorn moderiert die Podiumsdiskussion mit Dr. Martin Gitsels, Siemens Russland, Prof. Dr. Natalija Guseva, HSE Moskau, Prof. Dr. Martin Faulstich, Ulrich Grothus, DAAD, Prof. Dr. Alexsej Voskrenskij (v. l.).**



**Auswahl der künftigen Stipendiaten der Erfolgsprogramme „Michail Lomonosov“ für russische Naturwissenschaftler und Ingenieure und „Immanuel Kant“ für russische Geistes-, Sozial-, Wirtschafts- und Rechtswissenschaftler.**



die Facharztausbildung und äußert sich zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse. Diese kann auf Basis bilateraler Verträge, internationaler Hochschulrankinglisten oder durch Nostrifikation erfolgen.

### **Mit dem „Projekt 5/100“ in die internationalen Rankinglisten**

Russische Hochschulen fehlen bisher auf den vorderen Plätzen der internationalen Rankinglisten. Die Regierung hat daher in einer Ausschreibung zwölf Hochschulen ausgewählt, von denen es bis 2020 mindestens fünf unter die ersten 100 Plätze schaffen sollen. Alle ausgewählten Hochschulen gehören zu der Gruppe der sogenannten Führenden Universitäten. Für ihre Aufholjagd erhalten sie insgesamt einen zusätzlichen Betrag von 1,1 Mrd. Rubel. Im Jahr 2013 sind die bisherigen 40 Führenden Universitäten um weitere fünf erweitert worden. Dazu gehören die Moskauer Hochschule für Internationale Beziehungen (MGIMO), die Russische Universität für Völkerfreundschaft Moskau (RUDN), die Russische Akademie für

Volkswirtschaft und Öffentliche Verwaltung beim Präsidenten der Russischen Föderation, die Finanzakademie Moskau sowie die Elektrotechnische Universität St. Petersburg (LETI).

Wegen zahlreicher bekannt gewordener Plagiate ist das traditionelle System von Promotion und Habilitation ins Visier der Reformer geraten. In ungewöhnlich scharfer Form hat Premierminister Dimitri Medwedjev eine durchgreifende Reform gefordert und den Rektor der RUDN und früheren Bildungsminister Wladimir Filippov zum neuen Leiter der Obersten Attestatskommission (VAK) bestimmt, welche in Russland zentral für alle Promotionen zuständig ist. Nach Filippovs Vorstellungen soll die Zahl der sogenannten Wissenschaftlichen Räte, die für Promotion und Habilitation an den Hochschulen zuständig sind, drastisch reduziert werden. Die Entscheidung darüber trifft allerdings die VAK. Ferner sollen die Bezeichnungen „Kandidat nauk“ (entspricht dem Dokortitel) und „Doktor nauk“ (Dr. habil., PD) abgeschafft und durch entsprechende internationale Bezeichnungen ersetzt werden. Der Grund: Russland steht inzwischen mit seinem veralteten sowjetischen System in der Welt isoliert da und kann daher kaum ausländische Nachwuchswissenschaftler anwerben. Zudem sollen die Kontrollmaßnahmen zur Qualitätssicherung verschärft werden.

Es zeichnet sich immer deutlicher ab, dass die Reform im Hochschulbereich auf ein Zweiklassensystem hinausläuft. Auf der einen Seite die Führenden Universitäten mit deutlich besseren finanziellen Bedingungen, mit Bevorzugung bei rechtlichen Fragen wie der Anerkennung ausländischer Zeugnisse und dem Recht, ausländische Wissenschaftler einzustellen, aber auch der Pflicht, den staatlichen Vorgaben auf alle Fälle nachzukommen. Auf der anderen Seite die Masse der Hochschulen, die nur eine Grundfinanzierung erhält, sich schwerer im Wettbewerb behaupten kann, im Wesentlichen



aber nur Lehraufgaben zu erfüllen hat. Für die 29 Nationalen Forschungsuniversitäten wird sich aber eine weitere Perspektive eröffnen. Sie ist mit der Neudefinition der Akademie der Wissenschaften (AdW) verknüpft.

## Reformen an der Akademie der Wissenschaften

Die AdW ist in die vier Regionen Zentral, Ural, Sibirien und Ferner Osten eingeteilt. Sie zählt knapp 100.000 Mitarbeiter, davon 42.000 Wissenschaftler, und vereint 436 Forschungsinstitute und 114 Sozial- und Dienstleistungseinrichtungen unter ihrem Dach. 2013 lag ihr Budget bei 679 Mrd. Rubel. Im Mai wurde Vladimir Fortov zum neuen Präsidenten in Nachfolge von Juri Ossipov (seit 1991) gewählt. Die AdW hat sich lange gegen Reformversuche von außen gewehrt. Kritisiert wurden Überalterung, mangelnde Effizienz vieler Institute, mäßige Zitierhäufigkeit, zweifelhafte Nutzung des Vermögens und eine zu geringe Personalflexibilität. Das im Juni eingebrachte Gesetz zur Reform der AdW konzentrierte sich vor allem auf die rechtliche und formal angelegte Frage der Liegenschaftsverwaltung. Da dieses Problem im Wesentlichen die Zentralregion betrifft, waren die anderen Regionen von den Maßnahmen in der Folgezeit nicht betroffen, da ihre Liegenschaften dem Staat und nicht den Filialen selbst gehören.

Das neue Gesetz sieht vor:

- Aufhebung des Status „Korrespondierendes Mitglied“ (nur noch Vollmitglieder)
- Nur einmalige Wiederwahl des Präsidenten
- Zusammenlegung der AdW (Zentrale) mit der Medizinischen und der Landwirtschaftlichen Akademie der Wissenschaften
- Umwandlung in eine „Wissenschaftsgesellschaft“
- Verwaltung der Liegenschaften durch eine neue Behörde (FANO)

Tabelle 26 : Bildungsmarktdaten Russische Föderation 2013

Bevölkerungsdaten	
Bevölkerungszahl absolut	143 Mio.
Bevölkerungsdichte (Einwohner/km <sup>2</sup> )	8,7
Bevölkerungswachstum pro Jahr (in %)	0,4
Urbanisierungsgrad (in %)	73
Ökonomische Daten	
BIP (2012, in US-Dollar)	2.015 Mrd.
BIP pro Kopf in KKP	23.501
Anteil am globalen BIP (in %)	3
Wirtschaftswachstum (in %)	3,4
Inflation (in %)	5,1
Knowledge Economy Index (KEI)	Rang 55
Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Bildungsausgaben pro Jahr (in % des BIP)	4,1
Anzahl der Hochschulen gesamt	1.046
Hochschultypen mit Anzahl der Hochschulen	
Institute	
Universitäten	
Akademien	
Anzahl der wissenschaftlicher Mitarbeiter und des Lehrpersonals an den Hochschulen	374.584
Immatrikulationsquote (in %)	75,9
Frauenanteil an Studierenden (in %)	56,6
Absolventen nach Abschlussarten	
Bachelor's Degree	98.543
Master's Degree	16.822
Diplom (Specialist)	1.233.843
Ausländische Studierende gesamt	129.690
Ausländische Studierende im Land gesamt nach Herkunftsländern	
1. Kasachstan	24.772
2. Belarus	20.063
3. Ukraine	12.793
4. Usbekistan	9.916
5. China	9.055
Im Ausland Studierende (Anzahl gesamt)	49.585
Im Ausland Studierende (Anteil an Studierenden gesamt in %)	1,4
Die fünf beliebtesten Zielländer für Studierende	
1. Deutschland	
2. USA	
3. Ukraine	
4. Frankreich	
5. Kasachstan	

Quellen: International Monetary Fund  
| UNESCO Institute for Statistics  
| Wissenschaft Weltoffen | World Bank

- Verteilung der Liegenschaften in die Verantwortung einer Föderalen Behörde als Agentur wissenschaftlicher Institute, unter geeignete Ministerien (z. B. das Gesundheitsministerium) – oder völlige Auflösung

Ähnlich wie die Hochschulen sollen auch die AdW-Institute einem Monitoring unterzogen werden.

Im Oktober wurde Mikhail Kotjukov zum Leiter von FANO berufen. Präsident Fortov hatte erwirkt, dass er selbst in die Leitung dieser Verwaltungsbehörde eingebunden wird. Die Reformen haben viele Akademiemitarbeiter dazu bewegt zu demonstrieren. Auffallend war aber die sehr geringe Sympathie der Presse und der Öffentlichkeit für das Schicksal der AdW.

Die Überraschung kam im November, als nach einem Spitzengespräch zwischen Putin, Fortov und Kotjukov der Präsident ein einjähriges Moratorium verkündete und das bereits von der Duma verabschiedete AdW-Gesetz nicht unterzeichnete.

Im Schatten der ungewöhnlich erbittert geführten AdW-Kontroverse standen zwei Maßnahmen, die verdeutlichen, dass Russland seine Forschung nicht mehr nur im Feld der AdW sehen will. Zum einen hat Putin überprüfen lassen, inwieweit nach dem Vorbild der Helmholtz-Gemeinschaft ein Zusammenschluss von 15 führenden Physikinstitutionen unter der Leitung des Kurtschatov-Institutes (Direktor Mikhail Kovaltschuk) möglich ist. Zum anderen wurde der „Russische Wissenschaftsfonds“ unter Leitung von Alexander Chlunov gegründet. Bis 2020 sollen Grundlagen- und Angewandte Forschung mit 843 Mrd. Rubel gefördert werden, ein Großteil davon als „Zielprogramme“ über die Ministerien. <<

	Russische Föderation	
	D	A
<b>I. Individualförderung – gesamt</b>	<b>449</b>	<b>1.171</b>
<b>1. nach Status</b>		
grundständig Studierende	334	466
Studierende mit ersten Abschluss (Graduierte)	32	543
davon Doktoranden	6	279
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	83	162
<b>2. nach Förderdauer</b>		
< 1 Monat	150	311
1–6 Monate	201	373
> 6 Monate (Langzeitförderung)	98	487
<b>II. Projektförderung – gesamt</b>	<b>1.272</b>	<b>2.623</b>
<b>1. nach Status</b>		
grundständig Studierende	669	937
Studierende mit ersten Abschluss (Graduierte)	171	924
davon Doktoranden	51	277
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	432	762
<b>2. nach Förderdauer</b>		
< 1 Monat	855	1.583
1–6 Monate	387	767
> 6 Monate (Langzeitförderung)	30	273
<b>DAAD-Förderung – gesamt (I + II)</b>	<b>1.721</b>	<b>3.794</b>
<b>DAAD-Förderung – Deutsche und Ausländer gesamt</b>	<b>5.515</b>	

**Tabelle 27 : DAAD-Förderung für Ausländer und Deutsche 2013**  
nach Herkunfts- / Zielländern und Förderbereichen Russische Föderation